

V. S. P. 06.2.1.

(Lage am 1. Mai 1978)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

T O U R D ' H O R I Z O N

DIE TIEFEREN URSACHEN DER LIBANESISCHEN KRISE

Der Südlibanon, Schauplatz so vieler Zusammenstösse im Laufe der letzten Jahre, ist gegenwärtig Zeuge eines seltsamen militärischen Ballettes, an dem im Schatten eines prekären Waffenstillstands reguläre Truppen Israels, Finnlands, Frankreichs, des Iran und Nepals, die Streitkräfte des palästinensischen Widerstandes, die libanesischen Milizen der Christen und Moslems und sogar ein kleines Kontingent der neuen libanesischen Armee beteiligt sind. Die ungewöhnliche Situation entspricht sowohl dem zusammengesetzten Charakter des libanesischen Staates als auch der Wechselhaftigkeit seiner Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart. Sie erlaubt leider keine günstige Voraussage für die Wiederherstellung einer stabilen Ordnung in diesem kleinen Land.

Es war seit jeher, das Geschick des Libanon, den Opfern von Intoleranz und Unterdrückung als Zufluchtsort zu dienen. Die zwei Gruppen, auf die sich das im 16. Jahrhundert von der Familie der Maan gegründete Emirat des Libanon stützte, die Drusen und die Maroniten (die Maan waren wie ihre Nachfolger, die Chehab, Drusen), entkamen der Verfolgung in den unzulänglichen Tälern des Libanon-Gebirges.

Das Emirat des Libanon wurde in die Wirren im Zusammenhang mit dem Untergang des osmanischen Reiches verwickelt, dessen eher launischer Vasall es gewesen war. Das Bündnis des letzten nam-

haften Emirs mit Aegypten unter Mehemet Ali führte 1841 zu seinem Sturz. Soziale Wirren und religiöse Zusammenstösse folgten, die 1860 zu einer französischen Intervention und der Errichtung eines autonomen Berg-Libanon führten, der von einem christlichen Gouverneur, meist orthodoxen Glaubens, dem "Moutassarif", unter Kontrolle einer internationalen Kommission regiert wurde. Die übrigen Teile des Libanon, namentlich Beirut, Tripolis, Tyrus, Sidon und die "Ebene" von Bekaa (das obere Tal des Orontes zwischen den Gebirgsketten des Libanon und des Antilibanon) waren vom Pascha von Damaskus abhängig, das heisst vom damaligen Syrien.

Im Frieden von 1919 gewann Frankreich als Mandate Nord-syrien zusammen mit dem Berg-Libanon. Die Mandatsmacht beschloss die Gründung eines Gross-Libanon in den heute bestehenden Grenzen, während der Rest Syriens vorerst in vier Staaten geteilt wurde. Der maronitische Patriarch spielte bei dieser Entscheidung eine wichtige Rolle, indem er für Frankreich Partei ergriff, als dieses seine Autorität noch nicht über das ganze Mandatsgebiet ausgedehnt hatte, das König Feisal (der Grossonkel des jetzigen jordanischen Königs) zum grössten Teil kontrollierte.

Die neue libanesische Grenzziehung konnte sich auf die Geschichte berufen, erschien aber damals den arabischen Nationalisten vor allem als willkürlicher Akt einer Macht, welche die Araber in ihrer grossen Mehrheit ablehnten, und als ein Versuch, sich auf die christliche Bevölkerung gegen die Mohammedaner abzustützen. Der neue Staat, der bald eine Verfassung und Regierung erhielt, umfasste in der Tat 17 verschiedene religiöse Gemeinschaften (davon 14 christliche), wobei die Christen die Moslems und Drusen zahlenmässig etwas überwogen.

Die französische Periode gehört heute der Geschichte an, wie die Entsendung eines französischen Kontingents nach dem Südlibanon illustriert. Zwei Tatsachen sind in Erinnerung zu rufen:

einerseits die Einführung des "Konfessionalismus" in die Verfassung, das heisst die juristische Anerkennung der Rechte der religiösen Gemeinschaften, die noch heute für fast alle Libanesen das hauptsächlichste Identifikationselement bilden; und andererseits der Aufstand von 1943, der dem Mandat ein Ende setzte und zur Unabhängigkeit des Landes führte. Die Revolte war dank des Uebereinkommens zwischen den hauptsächlichsten Gruppierungen des Landes, namentlich der Maroniten und Sunniten, vorwiegend friedlich und fand ihren Ausdruck im berühmten "nationalen Pakt". Dieser Pakt ist in Wirklichkeit ein mündliches Einvernehmen zwischen dem Führer der Maroniten, Bechara el-Khoury, und dem Führer der Sunniten, Riad Solh, das die Stellung des Libanon bezüglich der arabischen Welt und dem Westen (ein wichtiges Streitobjekt zwischen Christen und Moslems) definiert, die wichtigsten Staatsaufgaben zwischen den Gemeinschaften aufteilt und ihre proportionale Verteilung im Parlament festsetzt.

Der "nationale Pakt" beruhte auf einem Gleichgewicht zwischen den religiösen Gemeinschaften aufgrund der letzten, offiziell durchgeführten Volkszählung von 1928. Dieses Gleichgewicht ist heute demographisch durch die Zunahme der Moslems, vor allem der Schiiten, und zumindest politisch durch den Zustrom meist mohammedanischer Palästinenser gestört.

Aufgrund des "nationalen Paktes" kam den Maroniten, die 20 - 25 % der im Libanon lebenden Libanesen ausmachen, das Präsidentenamt der Republik zu. Da sie schon vor der arabischen Eroberung anwesend waren, tendieren sie dazu, sich mit dem Libanon zu identifizieren. Sie sind ein kräftiges Bergvolk, geschäftstüchtig, hartköpfig und kämpferisch. Ihre internen Zwistigkeiten sind sprichwörtlich. Schon lange im Lande anwesend, sind sie wegen ihrer Beziehungen zum Heiligen Stuhl ausser den Griechisch-Orthodoxen das gebildetste Element des libanesischen Volkes. Sie stützen sich auf eine starke und reiche Auswandererschicht, die zum Land enge Beziehungen aufrecht erhält.

- 4 -

Obwohl der Libanon kein reines Präsidialsystem kennt, so ist doch die Präsidentschaft der Republik das weitaus wichtigste Amt. Meistens befand es sich in den Händen energischer oder wenigstens eigenwilliger Persönlichkeiten.

In der Folge konnte die Funktionsweise des Systems für die Moslems mit grossen Benachteiligungen verbunden sein, wenn der nach der Regel sunnitische Ministerpräsident sich mit dem Staatspräsidenten nicht verstand oder, was meistens der Fall war, nicht das notwendige Format hatte, um ihm Widerstand leisten zu können (denn die sunnitische Gemeinschaft hatte seit der Ermordung Riad Solhs 1951 keinen wirklich hervorragenden Führer). Die sunnitische Bevölkerung ist vor allem in den Küstenstädten ansässig. Sie hat keinen so ausgeprägten Charakter wie die maronitische und zusätzlich auch keine wirklich affektive Beziehung zum Libanon. Hingegen ist sie für die politischen Strömungen der arabischen Welt, die sich bis 1975 in der Presse Beiruts als Resonanzboden aller arabischen politischen Tendenzen frei ausdrücken konnten, sehr empfindlich. Zusätzlich begünstigte die Struktur der libanesischen Parteien bestimmte parlamentarische Winkelzüge, die zur Sicherung der besten Wahl des Ministerpräsidenten wenig geeignet waren.

Die libanesische Politik blieb traditionell. Die sogenannten Parteien konstituierten sich in Wirklichkeit aus der Umgebung der Führer von Notabelnfamilien, wo oft die Söhne dem Vater folgten. Die Wählerschaft rekrutierte sich aus "Klienten" und den Clans dieser grossen Familien und interessierte sich nicht für Ideologien und Programme. Sie erwartete von ihren Gewählten konkrete Leistungen.

Nur die Partei der libanesischen Phalangisten - die sich hauptsächlich aus der maronitischen Mittelklasse rekrutiert - und die syrische Volkspartei passten nicht ganz in dieses Schema (obwohl die Phalangisten von der "Dynastie" der Gemayel kontrolliert werden). Die sozialistische fortschrittliche Partei Kamal Joumblatts setzte sich trotz der aufrichtigen Ueberzeugungen ihres Führers vor

allem aus Drusen des Clans Joublatt zusammen.

Ein solches politisches System eignete sich schlecht für die Auseinandersetzung mit den Grundproblemen des Libanon. Der Pöbel und bewaffnete Elemente, die schon während der Ereignisse von 1958 vorhanden waren, ersetzten die fehlende politische Debatte,

Der Libanon ist von seiner Natur her ein armes Land. Sogar die landwirtschaftliche Produktion ist relativ gering, einzig Früchte werden exportiert. Er verdankt seinen Wohlstand seit dem 2. Weltkrieg dem Hafen von Beirut und dem sich daraus ergebenden Transitverkehr, der Entwicklung Beiruts, das den Platz Alexandriens als Handels- und Bankenzentrum übernahm, dem Tourismus und der Aufnahme von Ausländern vorwiegend aus arabischen Staaten. In den letzten Jahren trug auch die Leichtindustrie zum wirtschaftlichen Erfolg bei, welche zahlreiche Produkte in die umliegenden Länder exportierte. Als einzige arabische Demokratie war der Libanon lange ein wichtiges Zentrum für Bildung (mit vier Universitäten und unzähligen Mittelschulen) und für Publikationen.

Verwaltung und Institutionen waren diesem bemerkenswerten Aufschwung nicht gefolgt, sondern blieben diejenigen eines Landes der Levante, die in Wirklichkeit der osmanischen Zeit näher standen als dem Ende des 20. Jahrhunderts. Reichtumsunterschiede wurden weder durch Steuern noch durch die kaum entwickelte Sozialversicherung abgeschwächt. Neben Wohlstandsgebieten wie Beirut und den Kurorten am Meer und in den Bergen blieben zahlreiche Regionen völlig unterentwickelt.

Zu diesen inneren Spannungsursachen kamen sehr schnell die Probleme der arabischen Welt hinzu: Der Zustrom palästinensischer Flüchtlinge, der das demographische Gleichgewicht zwischen den Konfessionen bedrohte; unter Nasser die Zunahme eines fortschrittlichen und militanten arabischen Nationalismus, der bei vielen sunnitischen

Libanesen Anklang fand und zusätzlich durch die Konkurrenz der Grossmächte genährt wurde; und schliesslich nach dem Sechstage-Krieg das Auftauchen palästinensischer Bewegungen, die sich die gewaltsame Rückeroberung ihres Landes zum Ziel setzten.

Diese Entwicklungen beherrschten nicht nur die Beziehungen des Libanon zu seinen arabischen Nachbarn, sondern waren auch Ursprung und Vorwand unzähliger Einmischungen in die inneren libanesischen Angelegenheiten, die übrigens oft von libanesischen Politikern selbst begünstigt wurden. Erinnerung sei hier nur an die Rolle, welche die eben gegründete Vereinigte Arabische Republik während der Ereignisse von 1958 spielte; an die darauf folgende, militärische Intervention der USA; an die vielen Konflikte mit Syrien und an die unzähligen bewaffneten Zusammenstösse zwischen Christen und Palästinensern, die dem Bürgerkrieg von 1975-76 vorangingen.

Vor diesem unsicheren Hintergrund entstand der libanesische Bürgerkrieg aus der fortschreitenden Entwicklung des "bewaffneten palästinensischen Widerstandes" auf libanesischem Boden. Von einfachen Gruppen zur Ausbildung von Guerillakämpfern im Jahre 1968 ging man zur Bildung bewaffneter Einheiten über, zur politischen Kontrolle der Flüchtlingslager, zur Bewegungsfreiheit in bestimmten Gebieten des Libanon (eingeschlossen der Grenzgebiete in Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1949) und schliesslich zur Beherrschung bestimmter Abschnitte (Arkoub, auch "Fatahland" genannt). Die Kairoer Abkommen von 1969 sanktionierten den sich verschlechternden Zustand. Die Ursache dafür lag im Zustrom von Kämpfern aus Jordanien nach 1970 sowie aus anderen arabischen Staaten, wo die bewaffneten palästinensischen Elemente strengstens kontrolliert wurden. Die Unterstützung der Fronten durch meist aus Moslems bestehende, progressive Organisationen, verschärfte die Lage zusätzlich.

Die Guerilla- und Terror-Aktionen der Palästinenser in Israel und anderswo führten zu israelischen Vergeltungsschlägen, die das libanesische Gleichgewicht immer prekärer werden liessen. Der

Zustrom von Flüchtlingen in die Slums von Beirut belastete zu einem Zeitpunkt das soziale Klima, als die Lebensmittelpreise rapid stiegen, währenddem die Palästinenser und die linken Moslems über die Handlungsunfähigkeit der libanesischen Armee gegenüber israelischen Angriffen verbittert waren. 1973 folgte der Ermordung dreier palästinensischer Führer durch ein israelisches Kommando sogar ein kurzer Zusammenstoss.

Es war schliesslich die Spaltung innerhalb der PLO, bedingt durch das zunehmende Eintreten der Gemässigten für eine Verhandlungslösung, die durch die Mobilisierung der Extremisten jene Reibereien herbeiführte, aus denen der Krieg hervorgehen sollte. Dieser fand in allen Schwächen und Blossstellungen des libanesischen politischen Systems einen Nährboden. Besonders das Uebergewicht der Christen, auf das die militantesten Maroniten keinesfalls - und schon gar nicht in einer Krise - verzichten wollten, trieb die Moslems in die Arme der Palästinenser und verunmöglichte eine politische Lösung der Krise, bevor die Gegner alle ihre Kräfte engagiert hatten.

Es erhob sich bereits die Frage einer ausländischen Intervention. Die wichtigste war diejenige Syriens, das den Libanon schon immer als Teil seines eigenen Territoriums betrachtet hat und dessen Sicherheit durch jede Aenderung des Status quo im Libanon infrage gestellt wird. Während seine politischen Affinitäten auf seiten der Palästinenser (oder mindestens einiger unter ihnen) und der progressiven Moslems lagen, diktierten Ueberlegungen der hohen Politik und der Strategie Präsident Assad ein Bündnis mit der christlichen Rechten und eine Unterdrückung des "palästinensischen Widerstandes". Die bewaffnete Intervention Syriens setzte ein Uebereinkommen mit Israel voraus, welches durch eine nicht ohne Zögern gewährte Vermittlung der USA zustande kam. Diese Abmachung liess südlich des Litani-Flusses eine "graue Zone" bestehen, die zum Ort der Konfrontation zwischen den mit der israelischen Armee eng verbundenen christlichen Milizen und den Palästinensern werden sollte.

Inzwischen versuchte der neue libanesische Präsident, Elias Sarkis, traditionsgemäss ein Maronite, aber erstmals ein Technokrat, eine nationale Versöhnung zwischen den Konfliktparteien und den Konfessionen herbeizuführen. Der unvermittelte Rücktritt der Regierung von Selim al Hoss, dem sogleich ein nationales Versöhnungsabkommen zwischen Christen und Muselmanen folgte, könnte den ersten politischen Erfolg des libanesischen Präsidenten bedeuten. Auch wenn dieses zerbrechliche Uebereinkommen, das eine Einigung auf eine gemeinsame Linie gegenüber den Aktivitäten der Palästinenser im Libanon verlangt, zu keinem Ergebnis führen sollte, ist sein Inhalt für die Entwicklung der Geisteshaltung der Libanesen trotzdem bedeutsam. Indem sie sich den Ansichten der politischen Führer der Christen anschliessen, zeigen die traditionellen muselmanischen Oberhäupter das Bestreben, sich vom palästinensischen Einfluss und somit indirekt vom syrischen Druck abzuheben. Die Bedeutung dieses Abkommens liegt im endlich gefundenen nationalen Konsensus, auch wenn dieser zeitlich begrenzt ist. Er erhellt einen gewissen Ueberdruß der Parteien und daher auch ihr Bedürfnis, neue Grundlagen einer zukünftigen nationalen Einheit zu schaffen. Die Befürchtungen, die ein solches Abkommen, mit dem Syrien einverstanden zu sein scheint, auslöst, sind ebenso gross wie die Hoffnungen, die es weckt. Der Libanon würde bei seinem Scheitern ein grosses Risiko eingehen. Das Heraufbeschwören der "Teilung" durch die maronitischen Führer könnte Gestalt annehmen, wenn es den beiden Gemeinschaften nicht gelingt, ihre Meinung den extremistischen Libanesen und Palästinensern aufzudrängen.

Abgesehen vom wirtschaftlichen Aufschwung, der sich mangels arabischer Hilfe verzögert hat, sollte eines der ersten Ziele der neuen Regierung, der Wiederaufbau der libanesischen Armee sein. Diese Institution spielte eine positive Rolle während den vorhergehenden Krisen; sie war dagegen durch die Polarisierung der Gemeinschaften vor zwei Jahren Zerfallerscheinungen ausgesetzt. Um diese Armee könnte endlich das nationale Selbstverständnis des Libanon entstehen, das bis jetzt so schmerzlich vermisst wurde. In diesen Bereich lassen sich grösste Hoffnungen setzen.

- 9 -

Der Zusammenhang der Vorfälle im Südlibanon mit der libanesischen Krise ist indirekt. Der wahre Grund, der zur israelischen Invasion geführt hat, ist im Bestreben der palästinensischen Organisationen zu suchen, sich einen Abschnitt zu bewahren, um die Waffenstillstandslinien überschreiten zu können. Der libanesische Bürgerkrieg hat die seit jeher schwachen Mittel des Libanon zur Kontrolle der Ereignisse weiter verringert.

Die Operation war kein militärischer, wohl aber ein psychologischer Erfolg. Sie bewies klar die Isolation der Palästinenser. Wie bei zahlreichen vergangenen Gelegenheiten war dieser Erfolg nur auf Kosten des Libanon möglich, dessen Bürger ihre Wohnstätten verlassen mussten. Es ist zu hoffen, dass die Blauhelme ihre Aufgaben, die im Einklang mit den Wünschen der gemässigten Libanesen stehen, bald derart wahrnehmen können, dass sich daraus der Rückzug der israelischen Truppen und die Befriedung der Grenze ergeben. Es bestätigt sich einmal mehr, dass die Zukunft des Libanon an die Gesamtregelung des Nahostkonfliktes gebunden ist.

DAS HORN VON AFRIKA
UND DIE KUBANISCHE UND SOWJETISCHE INTERVENTIONSPOLITIK

A. Die geschichtlichen Zusammenhänge

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen am Horn von Afrika haben ihren Ursprung in drei Problemkreisen: der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung dieses Gebietes in der Nähe riesiger Erdölvorkommen und der dazugehörigen Verbindungswege nach den westlichen Ländern; dem ethnisch begründeten somalischen Irredentismus, im afrikanischen Rahmen eine Ausnahmeerscheinung; und der geschichtlichen Krise Aethiopiens, das sich unvermittelt seiner seit dem Mittelalter bestehenden Institution beraubt sah.

Seit weit zurückliegender Zeit ist das Horn von Afrika ein Treffpunkt von Völkern und Kulturen. Durch das Tal des Blauen Nil schafft es enge Beziehungen zu Nubien und Aegypten. Das Rote Meer verbindet es mit Arabien und der Indische Ozean mit Südasien und dem südlichen Afrika.

Aethiopien lässt sich in drei Hauptzonen unterteilen: Vorwiegend im Westen und im Zentrum des Landes liegt zwischen dem Roten Meer und Kenia das fruchtbare und durch Gebirgszüge beherrschte Hochland. Die Ebenen der Danakil und der Afar befinden sich im Nordosten, während sich die Ebene der Somalier im Südosten des Landes ausdehnt (die letztere ist durch die Bergkette des Ahmar von den vorhergenannten getrennt).

Im Verlauf der Geschichte entstand im nördlichen Teil der Hochebene, von Addis Abeba in Richtung des Roten Meeres bis nach Mittelerythraä, der Mittelpunkt des äthiopischen Kaiserreichs.

In dieser riesigen, fruchtbaren Gegend treiben die Amhara und Tigre Landwirtschaft. Die zwei sesshaften Völker christlich-orthodoxer Religion sind die Träger der kaiserlichen Idee. Die übrigen wüsten- oder halbwüstenartigen Gebiete werden von Stämmen bewohnt, die oft den Nomaden angehören. Trotz ihrer mehr oder weniger dauerhaften Eingliederung ins Kaiserreich wurden sie nur unvollkommen assimiliert und behielten den Islam bei.

Die kaiserliche Tradition, die in der legendären Abstammung von Salomon ihren Ausdruck findet, weist trotz einiger Verfallsperioden eine bemerkenswerte Kontinuität auf, die bis auf die Christianisierung der Tigre im 4. Jahrhundert n. Chr. zurückgeht. Sie nährte das Ueberlegenheitsgefühl der Amhara und beschützte unter einem Herrscher, der fähig war, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, die unzeitgemässen Institutionen bis zur Revolution von 1974.

Nach einem fast ein Jahrhundert dauernden Verfall der kaiserlichen Macht, kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in dem Augenblick energische Herrscher auf den Thron, als die europäische Expansion die Küsten des Roten Meeres und das obere Nil-tal erreichte. Diese Herrscher, welche die traditionelle kaiserliche Position in denjenigen Gebieten erneuern, wo sich die Europäer eben niederlassen, sehen sich in das Spiel der Kolonialpolitik des ausgehenden 19. Jahrhunderts einbezogen und entwickeln - so vor allem Kaiser Menelik - als Staatsmänner und Heerführer bemerkenswerte Fähigkeiten. Ein aufsehenerregender Sieg über Italien setzt den Protektoratsbestrebungen dieser Macht ein Ende. Es folgen eine Reihe von Verträgen, die zum ersten Mal auf westliche Art und Weise, aber mit manchmal trügerischer Genauigkeit, die Grenzen des Kaiserreichs festsetzen.

Im Laufe dieser Verteidigungsaktion und der Wiederherstellung des Reiches bemächtigte sich Menelik grosser Territorien. Im Süden der Hochebene Gebiete, die bis anhin die Galla kontrolliert

hatten; dann den Ogaden (das heisst, den dem Hochland am nächsten liegenden Teil der somalischen Ebene) sowie Landstriche der Danakil im Osten und einzelner nilotischer Völker an der sudanesischen Grenze. Als die Kontrolle über die benachbarten Gebiete an die Europäer überging und dort in begrenztem Umfang die moderne Zivilisation Eingang fand, brachte dies zu Beginn der Herrschaft Haile Selassies dem Land bescheidene Reformen. Das System der feudalen Alleinherrschaft und namentlich der Zwangsstrukturen des Grundbesitzes blieb aber erhalten. Die Sklaverei verschwand nur sehr langsam.

Die vorübergehende Eroberung des Reiches durch Italien im Jahre 1936 ist eine Episode, die für die Weltpolitik wichtiger war als für die betroffenen Völker. 1941 kehrte Haile Selassie auf seinen Thron zurück und erreichte 1952 sogar den Anschluss der ehemaligen italienischen Kolonie Erythräa an Aethiopien mit einem Autonomiestatut, das er langsam zunichte machte, um sie schliesslich 1962 vollständig einzugliedern.

Die spürbare wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg stand in scharfem Gegensatz zur institutionellen Stagnation. Der alte Kaiser fürchtete offensichtlich eine revolutionäre Sintflut, wenn er tiefgreifende Reformen einzuführen versuchte. Diesen Immobilismus verstand er durch eine geschickte Diplomatie im Rahmen Afrikas und sogar auf Weltebene aufzuwiegen. Er erreichte dadurch, dass Addis Abeba zum Sitz der OAU wurde, für deren Stärkung er sich wesentlich eingesetzt hatte.

Der Stoss, der diese überalterten Strukturen niederwarf, kam von der Armee, einer Institution, deren Modernisierung nicht aufgehalten werden konnte. Die Nachlässigkeit der kaiserlichen Regierung gegenüber der verheerenden Trockenheit der siebziger Jahre war der Wegbereiter des darauf folgenden Ausbruches.

Die Revolution ging etwas zufällig von einem Aufruhr der Garnison Asmara aus. Die Träger dieser Revolution stellten keine homogene Oppositionsbewegung dar, welche aus konkreten äthiopischen Problemen entstanden wäre. Es handelte sich um zivile und militärische Führungskräfte mit einer in verschiedenen westlichen Ländern erworbenen Ausbildung. Diese versuchten, die im Ausland gelernten Rezepte nun auf das eigene Land anzuwenden. Sie stiessen sich an den komplexen Institutionen eines tausendjährigen Kaiserreichs, an den lokalen Vertretern der kaiserlichen Macht, im allgemeinen Grossgrundbesitzer, an der ebenfalls mit grossen Ländereien ausgestatteten Kirche, an den durch das alte Regime eher schlecht behandelten Minderheiten, die jedoch um die Bewahrung ihrer Rechte besorgt waren. Neben dem Provisorischen Revolutionären Militärverwaltungsrat traten die Gewerkschaften und zahlreiche politische Gruppen mit häufig extremistischen Tendenzen auf. Diese Bedingungen erklären die von der Revolution befolgten Irrwege. Ein erster Abschnitt ging durch die Absetzung des Kaisers sowie ein Massaker der grossen Würdenträger und des ersten Leiters des Derg zu Ende (Herbst 1974). Ein zweiter war durch die Landreform von 1975 und durch einen ersten Versuch zur "Dynamisierung" im Hinblick auf die Schaffung von Bauernmilizen gekennzeichnet. Diese Phase schloss mit dem Staatsstreich vom 7. Februar 1977 ab. Sie brachte eine Ausbreitung von teilweise bewaffneten Organisationen sowohl auf dem Lande wie auch in Addis Abeba und Aufstände in verschiedenen Provinzen. Unter diesen Umständen wurde General Teferi Benti vom Obersten Mengistu Haile Mariam ausgeschaltet.

Die beiden Widerstandsbewegungen, die den Zentralbehörden die grössten Schwierigkeiten bereiteten, kamen aus Erythräa und dem Ogaden.

Die erythräische Bevölkerung, insbesondere die muslimische Mehrheit, hatte sich nie mit ihrer Einverleibung in Aethiopien abgefunden. Die Aufhebung der Autonomie im Jahre 1962

gab Anlass zu bewaffneten Widerständen, die von gewissen arabischen Ländern Unterstützung erhielten, aus Gründen, welche im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik, besonders mit der antiwestlichen Haltung der Politik von Präsident Nasser, gesehen werden müssen. Nachdem es vorerst schien, die Revolution werde gegenüber den erythräischen Forderungen Verständnis aufbringen, ging sie seit Anfang 1975 zur Unterdrückung über. Der erythräische Widerstand hat sich in zwei Bewegungen aufgeteilt (ELF: Erythräische Befreiungsfront; EPLF: Erythräische Volksbefreiungsfront), die erste hat eine gemässigte sozialistische Ausrichtung, die zweite bekennt sich zum Marxismus-Leninismus. Beide besitzen Waffen östlicher Herkunft. Diese auf ethnischen und religiösen Faktoren beruhenden Aufspaltungen fügten der Sache der Guerillas grössten Schaden zu. Der Einsatz der äthiopischen "Bauernmilizen" erwies sich hingegen als Fehlschlag und die Regierungstruppen mussten sich recht bald auf die Verteidigung von Asmara, der Häfen von Massaua und Assab sowie einiger anderer Orte beschränken.

Die Rebellion im Ogaden war an sich weniger schwerwiegend als die Rolle, die Somalia darin spielte. Die somalischen Nomaden, welche das eigentliche Horn von Afrika von Djibouti bis Kenia bewohnen, bilden eines der homogensten Völker Afrikas. Die genügsamen und kriegerischen somalischen Stämme schafften schon den europäischen Eroberern beträchtliche Probleme. Der somalische Staat, der 1960 aus einer Fusion der ehemaligen Kolonien Britisch- und Italienisch-Somaliland hervorging (über das letztere hatte Italien von 1950-1960 ein Treuhandschaftsmandat ausgeübt), strebte seit seiner Entstehung die Vereinigung aller somalischen Gebiete an. Seine Ansprüche richteten sich namentlich auf die Französische Somaliküste, auf den Ogaden, den sich Kaiser Menelik II durch seinen Vertrag mit Italien zu sichern gewusst hatte, und sogar auf einen Landstrich in Kenia. Aethiopien verstand es, die somalische Offensive abzuwehren, indem es sich auf die OAU abstützte, die das koloniale Prinzip "uti possidetis" zur Grundregel aller territorialen Streitigkeiten erhob. Eine durch Somalia unterstützte,

sehr lebhaftes Guerillatätigkeit der "Shiftas" (Suaheli: Banditen) führte nicht zum Ziel, sondern zu einer grösseren Isolation dieses Landes. Somalia zog es schliesslich vor, sich daraus durch ein von Sambia und Tansania vermitteltes Abkommen mit Kenia zu befreien. Später erzielte es auch mit Aethiopien ein Uebereinkommen, das aber beide Parteien widersprüchlich auslegten.

Somalia hatte seit jeher eine gewisse Militärhilfe der UdSSR empfangen. Im Jahre 1969 gelangte eine revolutionäre Regierung unter Siad Barre, der sich dem "wissenschaftlichen Sozialismus" verschrieben hatte, an die Macht. Die Sowjetunion unternahm es nun, dieses Land mit seinen drei Millionen Einwohnern mit einer modernen, starken Armee, ausgerüstet mit 250 Panzern, zu versehen. Als Gegenleistung wurde ihr gestattet, in Berbera einen Flottenstützpunkt einzurichten. Um die Isolation Somalias zu verringern, erhielt Barre die Zulassung zur Arabischen Liga.

B. Der Konflikt am Horn von Afrika

Oberst Mengistu Haile Mariam, der Urheber des Staatsstreiches vom 3. Februar 1977, gehörte zum linken Flügel des Derg. Er ist kein Amhara, sondern ein Galla und stützte sich auf eine Gruppe von Offizieren, die an der sozial tief stehenden Militärschule von Holeta ausgebildet worden waren. Seine Vorgänger dagegen stammten aus der Militärakademie von Harrar. Die UdSSR zeigte sogleich Interesse für diesen energischen Offizier, trotz der mit seiner Machtergreifung verbundenen Gefahren.

Der Derg wurde nicht nur von separatistischen Erythräern und Somaliern, sondern auch von den alten Provinzen des Kaiserreichs und sogar in der Hauptstadt selbst infrage gestellt. In Choa kontrollierte die EDU (Aethiopische Demokratische Union), eine konservative Bewegung, die durch ausgewanderte Anhänger des verstorbenen Kaisers gelenkt wurde, mehrere Berggebiete. Die Revo-

lutionäre Partei des Aethiopischen Volkes (EPRP), ein Gegner der Militärherrschaft mit maoistischen Tendenzen, führte in Addis Abeba einen entschlossenen Stadt-Guerillakampf.

Mengistu brach die Brücken hinter sich ab, indem er zuerst das seit einem Vierteljahrhundert bestehende Bündnis mit den Vereinigten Staaten auflöste. Unter Abstützung auf den MEISON, eine Organisation marxistisch-radikaler Tendenz, bekämpfte er vorerst seine Gegner an Ort und Stelle, indem er vor allem zahlreiche Studenten hinrichten liess.

Die Annäherung an die UdSSR nahm anlässlich eines Besuches von Podgorny und später der Afrikareise von Fidel Castro Gestalt an. Die UdSSR hoffte damals offensichtlich, diese neue Freundschaft mit dem somalischen Bündnis vereinbaren zu können. Eine Konferenz brachte in Aden Castro, Barre und Mengistu zusammen. Föderationspläne, die auf die Umwandlung des ganzen Horns in eine revolutionäre und antiimperialistische Zone abzielten, wurden besprochen. Eindeutig hatte man in Moskau die Gewalt nationalistischer Leidenschaft unterschätzt, welche die sowjetische Politik in Somalia bis anhin so stark ermutigt hatte. Barre bestand auf seinen Forderungen.

Da die amerikanischen Militärlieferungen unterbrochen waren, entschied sich die UdSSR, Aethiopien diejenigen Waffen (vor allem Panzer) zu liefern, deren es angesichts der Kriegsgefahr mit Somalia dringend bedurfte. Diese Wahl Moskaus war voller Risiken. Aethiopien mit seinen 28 Millionen Einwohnern, seiner beherrschenden Stellung am Roten Meer und in Zentralafrika war ein viel grösserer Fang als Somalia, vor allem wenn es seinen Zugang zum Meer bewahren konnte. Aber die Partner der Sowjets sahen sich vor enorme innere Schwierigkeiten gestellt. Die Entscheidung beruhte schlussendlich auf einem riskanten Vertrauen in die Fähigkeit Mengistus, sich in einer Lage zu halten, die in den Russen Erinnerungen an diejenige unter den Bolschewiken während des Bürgerkrieges wachrufen musste.

Dass sie heute der Ansicht sind, richtig entschieden zu haben, lässt folgende Lobrede Fidel Castros auf den äthiopischen Führer vermuten:

"Wir wussten sehr wohl, dass ein junger Offizier namens Mengistu mit klaren politischen Ideen und einem kühnen und energischen Charakter der Ausdruck des am weitesten fortgeschrittenen und unerschütterlichsten Gedankengutes mitten in den politischen und sozialen Wirren war, die das aussergewöhnliche und wunderbare Ereignis der äthiopischen Revolution hinterliessen."

Die Unterstützung Aethiopiens in dieser Lage kam einer Nichtanerkennung der somalischen Forderungen im Ogaden gleich. Moskau erinnerte sich im richtigen Augenblick an die Prinzipien der OAU, welche es gerne vergessen hatte, als ein amerikanischer Verbündeter dieselben anrief, der zudem noch reaktionär war. So fand sich Somalia in der Gegenwart eines wiederaufgerüsteten Feindes und musste gleichzeitig riskieren, vom Waffennachschub abgeschnitten zu werden. Die UdSSR lieferte während einer gewissen Zeit dem somalischen Verbündeten Einzelteile, indem sie das doppelte Spiel bis zum äussersten trieb und hoffte, schliesslich beide Parteien zu gewinnen.

Aus den erwähnten Gründen ist die nationale Frage für die gegenwärtige somalische Regierung von vitaler Bedeutung. Nachdem Barre vergeblich versucht hatte, von Aethiopien Konzessionen in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht für die Völker des Ogaden zu erzielen, verstärkte er seine Unterstützung der Befreiungsfront für Westsomalien (WSLF), indem er vorerst Instrukteure und Waffen und später Kader der regulären somalischen Armee entsandte. In einer letzten Phase setzte er seine Panzereinheiten ein.

Die äthiopische Armee war schlecht auf diesen Schlag vorbereitet. Mehrere Divisionen waren in harte Kämpfe in Erythräa und in den Nordprovinzen verwickelt, wo die Aufruhr immer noch in grossem Umfang anhielt. Die Säuberungen im Kader hinterliessen Groll und die Meinungsverschiedenheiten unter den Truppenführern traten weiterhin offen zu tage. Die Aushebung einer neuen Armee von "Bauernmilizen" sah sich materiellen und technischen Schwierigkeiten gegenüber, die man sich leicht vorstellen kann. Die sowjetischen Panzer (die ersten gelieferten Waffen) waren mangels Besatzungen noch nicht einsatzfähig. Schliesslich fiel die somalische Invasion mehr oder weniger mit dem nackten Machtkampf in Addis Abeba zusammen, aus dem Mengistu als Sieger hervorging, indem er seinen wichtigsten Rivalen, Haile Fida, den Vertreter der zivilen revolutionären Organisationen, beseitigte.

Ein widersprüchliches Ergebnis der wachsenden Spannung zwischen Mogadiscio und Addis Abeba war der relativ problemlose Uebergang zur Unabhängigkeit des Territoriums der Afar und Issa (ehemalige Französische Somaliküste), dessen Nachbarn beide Annektionsabsichten hegten. Eine stattliche militärische Präsenz Frankreichs (7'000 Mann und ein Flugzeugträger) und in erster Linie die Intervention der arabischen Liga sicherten das Ueberleben des winzigen Staates.

Aethiopien verlor rasch beinahe die Hälfte seines Territoriums, vor allem die strategisch wichtigen Stellungen Dire-daua und Jijiga. Es gelang jedoch dem Gegner nicht, einen entscheidenden strategischen Sieg zu erringen, der politische Ergebnisse hätte hervorrufen können.

Die OAU zeigte sich über diese Entwicklung beunruhigt und ermutigte Vermittlungsbemühungen verschiedener Staatsoberhäupter. Ihre eigenen Bestrebungen zur Versöhnung der Parteien blieben ohne Erfolg. Sie stützte sich dabei auf den Grundsatz des Status quo und befand sich somit indirekt auf der Seite Aethiopiens.

Die äthiopische Armee, welche die Tigre- und Choa-Rebellen vernichtet hatte, vermochte trotz mehreren Gegenangriffen nicht, die Somalier aus ihren Eroberungen zu werfen. Die Milizen, deren Beziehungen zur Armee schlecht waren, zeigten sich als noch weniger schlagkräftig.

Barre seinerseits suchte einen Wechsel der Bündnispartner herbeizuführen. Trotz einer unvorsichtigen Erklärung Carters, weigerten sich die Vereinigten Staaten schlussendlich, den sowjetischen Lieferanten abzulösen. Mehr Erfolg hatte Somalia aber in Saudi-Arabien und sogar im Iran. Es konnte sich aber nur um ergänzende Leistungen handeln.

Im Vertrauen auf seine neuen Partner wagte Barre den mutigen Schritt zum Bruch mit der Sowjetunion. Die Militärberater wurden ausgewiesen, und das Schwimmdock in Berbera musste innert vier Tagen zurückgezogen werden. Die Sowjets sahen sich gezwungen, es nach Aden zu verlegen.

Die Umstellung der äthiopischen Armee auf sowjetisches Kriegsmaterial bedurfte der Entsendung von zahlreichen Instrukteuren. Die Somalier konnten mit Bitterkeit feststellen, dass ein guter Teil des Personals, das von Somalia zurückgezogen worden war, dem Gegner Kenntnisse der militärischen Geheimnisse ihres Landes vermittelte. Zur gleichen Zeit erschienen in Addis Abeba kubanische Spezialisten, die offiziell dem Sanitätspersonal angehörten. Mitte November 1977 erwies es sich als offensichtlich, dass die äthiopische Armee allein ausserstande war, den somalischen Angriff zurückzuschlagen.

Die UdSSR baute nun eine gewaltige Luftbrücke auf, die bei weitem den Umfang dessen überschritt, was man im Frühling für die Lieferung der ersten Panzer gesehen hatte. 15'000 Kubaner, davon etwa 8'000 Soldaten von Kampftruppen, wurden teilweise auch

aus Angola herangeführt. Ende Januar begann die Offensive, begleitet von einem seltsamen Propagandatrommelfeuer beider Parteien; die eine wie die andere warf übrigens den Vereinigten Staaten vor, sie würde von ihr schlecht behandelt. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, dass zahlreiche äthiopische Offiziere der amerikanischen Ausrüstung nachtrauerten, mit der sie die meisten ihrer spärlichen Erfolge gegen die Somalier erzielt hatten.

Die Gegenoffensive war im wesentlichen eine kubanische Angelegenheit. Nach einigen unbedeutenden Vorspielen, mit dem Zweck, den Somaliern zu verstehen zu geben, dass das angestrebte Hauptziel in der Vernichtung ihrer Armee lag, brachte ein kombinierter Angriff von Erdtruppen und lufttransportierten Detachementen einen der wichtigsten somalischen Stützpunkte zu Fall. Die somalische Armee zog sich aus dem strategischen Abschnitt von Jijiga beinahe kampflos zurück. Als Folge dieser Ereignisse flüchteten zahlreiche Somalier aus dem Ogaden nach Somalia; die Guerillatätigkeit des WSLF hält an.

Während dieser letzten Phase entwickelten die Amerikaner unter einem starken Druck der gemässigten arabischen Staaten eine intensive diplomatische Aktivität. Sie vermehrten ihre Erklärungen und den Druck auf die Sowjetunion, um die Zusicherung zu erhalten, dass die Aethiopier die Grenze zu Somalia nicht überschreiten würden. Die sowohl von der UdSSR als auch von Aethiopien abgegebenen Beteuerungen wurden bis jetzt eingehalten.

Es war vorgesehen, die kubanischen Truppen in Erythräa einzusetzen. Es scheint aber, dass sie sich gegenwärtig damit begnügen, die Wirksamkeit der äthiopischen Armee durch die Entsendung von Instrukteuren zu erhöhen. Sowjetische Schiffe bemühen sich um die Sperrung der Küsten.

Die UdSSR versucht gegenwärtig, die beiden Konfliktsparteien zu versöhnen, um ihren Einfluss auf Somalia wieder herzustellen. Aufgrund der Enttäuschung, die die amerikanische Weigerung zur Waffenlieferung hervorrief, ist es nicht abwegig anzunehmen, dass sich zumindest der pro-sowjetische Flügel des somalischen Militärs mit derartigen Gedanken befreunden könnte. Der vereitelte Versuch eines Staatsstreiches zu Beginn des Monats April geht möglicherweise auf diese Gruppe zurück, dies ist jedoch ungewiss. Eine solche zweite Kehrtwendung kann sich dagegen Präsident Barre kaum leisten.

Es ist erwähnenswert, dass der Sudan, der vorerst die konservativen Rebellen der EDU unterstützt hatte, sich mit der Regierung in Addis Abeba absprach, und dass sich Kenia lebhaft Waffenlieferungen an Somalia widersetzte.

C. Die ausländischen Interventionen in Afrika, insbesondere diejenige Kubas

Der afrikanische Kontinent hat hinter sich eine fast hundertjährige Epoche, während welcher er Objekt der Politik ausserkontinentaler Mächte war. Eines der ersten Ziele der Organisation der afrikanischen Einheit war es, den grösstenteils schwachen und wenig bevölkerten afrikanischen Ländern den Rücken zu stärken, um so neue Einmischungen von aussen zu verhindern. Solche Einmischungen sind indessen nicht ausgeblieben, auch wenn man vom Einsatz der portugiesischen Armee gegen die Befreiungsbewegungen in den Ueberseeterritorien absieht. Allerdings sind die Grossmächte, trotz der Verträge, die sie an verschiedene afrikanische Staaten binden, in den sechziger Jahren nur sporadisch in Erscheinung getreten (Tansania, Tschad, Shaba, Mauretania). Die französische Garnison in Djibouti verbleibt heute, Gewehr bei Fuss, der wichtigste Zeuge dieser verflossenen Epoche.

Man darf allerdings nicht vergessen, dass der politische Wettlauf um die Gunst der neuen Staaten hier so intensiv war wie anderswo und dass das Horn von Afrika, wie bereits geschildert, seit langem die Aufmerksamkeit der Strategen der Weltpolitik auf sich gezogen hatte.

Der 7. November 1975, der Tag, an welchem ein bescheidenes kubanisches Expeditionskorps in Luanda an Land ging, wird jedoch ein markantes Datum der afrikanischen Gegenwartsgeschichte bleiben. Zum ersten Mal schickte ein nicht-afrikanisches Land der Dritten Welt reguläre Truppen auf den afrikanischen Kontinent. Ebenso wichtig ist im Hinblick auf die künftige Stabilität der afrikanischen Staaten die Feststellung, dass diese militärische Hilfe erstmals nicht einer bestehenden Regierung (was immer auch deren politische Tendenz sein mochte), sondern einer Bewegung zugute kam, die mit anderen um die Macht kämpfte.

Es war nicht die erste kubanische Intervention in Afrika. Abgesehen von der Expedition Che Guevaras Mitte der sechziger Jahre, die trotz der sie begleitenden Rhetorik relativ wirkungslos blieb, hatte Kuba schon einmal verschiedenen Regierungen, die sich in Schwierigkeiten befanden, Freiwillige (gegen 500, wie behauptet wird) zur Verfügung gestellt.

Kubanische Militär- und Zivilpersonen befanden sich in ./. etwa zehn afrikanischen Staaten (heute 14, siehe Beilage). Aber diese Aktivitäten verursachten, obwohl sie in Afrika mit Aufmerksamkeit verfolgt wurden, kaum Beunruhigung.

Heute, wo sich fast 45'000 kubanische Militär- und Zivilpersonen auf afrikanischem Boden befinden, ist die Lage anders. (Zum Vergleich: die in Algerien operierenden französischen Kräfte zählten bis zu ungefähr 500'000 Mann und die portugiesischen Ueberseetruppen 134'000).

Ueber die unmittelbaren Gründe der kubanischen Intervention von 1975 ist natürlich recht wenig bekannt. Stellt man die für Vorbereitung und Infrastruktur notwendige Zeit in Rechnung, so können zwei von Fidel Castro unterhaltene Legenden abgetan werden: Einmal, dass die Intervention eine Antwort auf diejenige der südafrikanischen Truppen darstelle (das Expeditionskorps wurde zwei Monate vor dieser Intervention aufgestellt), zum andern, dass es sich um eine rein kubanische Initiative handle. Nicht nur erfolgte der Transport zu einem grossen Teil unter sowjetischer Verantwortung, auch die Stützpunkte, vor allem im Kongo, waren von den Russen bereitgestellt worden.

Es war somit klar, dass selbst wenn die Initiative von Kuba ausgegangen wäre, diese ohne eine grosszügige und uneingeschränkte Unterstützung durch die Sowjetunion nicht hätte durchgeführt werden können; mit anderen Worten: nicht ohne ein beachtliches sowjetisches Interesse an der Operation.

Kuba stellt unter den kommunistisch regierten Staaten ein Kuriosum dar. Die aus einem authentischen Befreiungskrieg hervorgegangene und gegen das Regime Batista gerichtete Revolution war nicht das Resultat einer Aktion der kommunistischen Partei, die darin keineswegs einbezogen war, sondern einer "national-bürgerlichen" Organisation, der Bewegung des 26. Juli. Die Ursprünge dieser Bewegung bleiben obskur. Castro selbst hatte nichts von einem Kommunisten an sich, zwei seiner wichtigsten Stellvertreter, sein Bruder Raul und Che Guevara, dafür umso mehr. Nach dem Sieg über Batista schwenkte die kommunistische Partei zu Castro über und ihre Kader spielten beim Aufbau des Regimes eine tragende Rolle. Im eigenartigen System, welches der "lider maximo" konzipierte und leitete, war der Partei eine verhältnismässig geringe Rolle zugedacht. Erst im Jahre 1975 entschloss sich Castro unter dem immer stärker werdenden Drängen seiner sowjetischen Geldgeber zur Abhaltung eines ersten Kongresses.

Das kubanische Regime präsentierte sich tatsächlich als der sehr lateinamerikanische Typus der Diktatur eines charismatischen "caudillo", der die Massen gegen den "yanqui"-Imperialismus erhob und durch die "Nationalisierung" aller Güter des Landes eine breite politische Klientel um sich scharte. Man wird der Diktatur Castros den Charakter des aufgeklärten Despotismus anerkennen können: Verbesserung der Lebensbedingungen der Aermsten, deutliche Fortschritte im Erziehungs- und Gesundheitswesen, Förderung von Kunst und Literatur. Auf der Passivseite: Anarchische Verwaltung, Misswirtschaft, Verschwendung, alles Schwächen, die das Regime ohne die sowjetischen Subventionen in den Ruin geführt hätten.

Diese Abhängigkeit von Moskau, deren Ursprünge und Psychologie ein lohnendes Studienobjekt wären, da sie sich vollkommen vom Modell der europäischen Satelliten unterscheidet, ist vielleicht der Grund dieses Bedürfnisses, sozusagen als Kompensation das kubanische Revolutionsmodell zu verbreiten. Die in Lateinamerika unternommenen Versuche hatten zu einer Reihe von Misserfolgen geführt. Ihre Folge war eine Periode missmutiger Zurückgezogenheit, während welcher die Beziehungen zu Moskau oft gespannt waren. Die neue Phase revolutionärer Expansion fällt mit einer verstärkten Ausrichtung auf sowjetische Positionen zusammen und kann vielleicht wiederum als Versuch des Regimes interpretiert werden, sich zu profilieren und trotz allem seine Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen.

Es ist auffallend, dass diese Absichten, im Gegensatz zu denjenigen anderer "sozialistischer" Potentaten, Moskau nicht stören, (wenigstens nicht grundsätzlich: wir werden sehen, dass im Detail Unstimmigkeiten auftreten können) und dass im Gegenteil die kubanische Linie ins Konzept Moskaus passt.

Die von Kuba in Afrika verfolgte Politik verläuft somit anfänglich parallel zu seiner subversiven Lateinamerika-Politik. Man kann in ihr weder eine sehr genaue Linie noch ein strategisches

Ziel erkennen. Sie ist eine einfache Anwendung des berühmten Slogans: "Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, Revolution zu machen." Die wirkliche Strategie wird von der Sowjetunion geliefert, welche Kuba in der gleichen Art benutzt, wie sie es 1962 getan hatte, damals als Raketenstützpunkt gegen die USA.

Wie damals, so kann man auch heute feststellen, dass Kuba (das heisst Castro) enthusiastisch mitmacht, und dass gleichzeitig, angesichts der Schulden gegenüber Moskau (heute im Umfang von über fünf Milliarden Dollar) gar keine andere Wahl besteht.

In den Augen Moskaus hat Kuba mit seiner starken schwarzen Bevölkerung einen Schwarzafrika viel besser angepassten Nationalcharakter. Seine Stellung innerhalb der Bewegung der Blockfreien ist ein hervorragendes Werkzeug der Intervention. So empfindlich das russische Selbstbewusstsein darauf reagieren mag, so haben doch die Kubaner psychologische Qualitäten hervorgekehrt, die weit über denjenigen des "Sowjetmenschen" liegen.

Als Nation, die sich gleichzeitig afrikanisch und lateinisch fühlt, die gegenüber dem Problem des Kampfes gegen Unterdrückung und Kolonialherrschaft in hohem Grade sensibilisiert ist, empfindet Kuba zahlreiche, besonders sprachliche, Affinitäten mit den lusitanischen Nationen Afrikas. Die jungen Söldner Fidel Castros fühlen sich in den ehemaligen portugiesischen Kolonien wohl. In den Augen der afrikanischen Staaten ist Kuba etwas anderes: Als Land der Dritten Welt, mit einem Drittel schwarzer Bevölkerung scheint es eine attraktive Alternative zu den gefräßigen Grossmächten darzustellen. Ueberdies wird Kuba, wenn auch etwas zu rasch, vom Verdacht reingewaschen, strategische Ziele im Visier zu haben (Eintausch von Häfen und Militärstützpunkten als Dank für geleistete Dienste). Kuba profitiert so von spezifischen historischen Bindungen an Afrika, welche seiner Präsenz eine gewisse ideologische Kohärenz erteilen und ihm den Vorteil einer grösseren (fast ausschliesslichen) Auf-

nahmewilligkeit von Seiten der unterstützten Regierungen gewähren.

Die kubanische Intervention in Afrika hat durch ihre Effizienz eine vielschichtige Auswirkung auf die politischen Verantwortlichen Afrikas gehabt. Bei vielen unter ihnen hat man zunächst diesem Faktor im Kampf gegen die weissen Regimes im südlichen Afrika mit einem wohlwollenden Auge zugesehen. Nicht nur konnte die südafrikanische Intervention zurückgeschlagen werden, auch bleibt eine glaubwürdige Drohung gegenüber Rhodesien und Südwestafrika bestehen.

Eine differenziertere Reaktion wurde durch die Shaba-Affäre ausgelöst. Sie stellt die Schwäche der meisten afrikanischen Staaten sowie die Gefahr in Rechnung, welche von einer unbezwingbaren Elitetruppe ausgeht, die jederzeit bereit ist, gegen jeden Feind der "Revolution" eingesetzt zu werden. Diese Reaktion führte zur Resolution des Gipfeltreffens der OAU in Libreville im Jahre 1977, die sich gegen die fremden Einmischungen in Afrika wandte.

Bis jetzt liefen die beiden kubanischen Einsätze der allgemeinen Richtung der Politik der OAU nicht entgegen. In Erythräa, wo die Frage weniger klar ist, ist es nicht ausgeschlossen, dass die kubanische Zurückhaltung gerade auf Zweifel über die Reaktion einiger Regierungen auf eine massive Intervention des kubanischen Expeditionskorps zurückgeht.

Man kann auch nicht ausschliessen, dass eine zu aggressive Politik in Afrika die Stellung Kubas innerhalb der Bewegung der Blockfreien erschwert, was im Hinblick auf die für 1979 in Havanna geplante Konferenz besonders peinlich wäre.

Das kubanische Engagement umfasst ungefähr einen Drittel der Streitkräfte der Insel. In Angola kämpfen die kubanischen Truppen in einem aufreibenden Kleinkrieg. Vor kurzem wurden die Operationen im Norden von Angola intensiviert und von der Bildung angole-

sischer Selbstverteidigungsgruppen begleitet, deren Ziel es offensichtlich ist, die kubanischen Kräfte nach und nach zu ersetzen.

Die kubanischen Verluste waren empfindlich, aber noch nicht so, dass daraus ein politisches Problem in Kuba selbst entstanden wäre. Die rasche Rückkehr des ganzen Expeditionskorps könnte übrigens auch unliebsame Folgen nach sich ziehen.

Die kubanische Intervention ist nur ein Element der sowjetischen Afrikapolitik. Ihre Zukunft wird von der Entwicklung dieser Politik abhängen, deren Beweggründe nicht besonders klar sind. Versucht man sie zu verstehen, so kann man sich nicht mit den Solidaritätserklärungen zufriedengeben, wie sie im Kreml grosszügig abgegeben werden. Man kann dort auch kaum Illusionen über den "marxistisch-leninistischen" Charakter der Regimes hegen, die in Afrika diese Bezeichnung führen. Ausserdem müsste noch erklärt werden, aus welchem Grund die sowjetische Politik in Afrika revolutionär und anderswo, besonders in Europa, konservativ sein sollte.

Es erscheint vernünftiger, in den afrikanischen Unternehmungen der Sowjetunion eine Etappe im Aufstieg dieses Landes zur Weltmacht zu sehen. Dieses Ziel wird von den sowjetischen Führern mit Beharrlichkeit verfolgt, und zwar seit dem Tode Stalins (den die Aussenwelt nach seinem Misserfolg in China unberührt liess), durch die Intervention im Nahen Osten, die Politik der Unterstützung Indiens, das kubanische Engagement, den Ausbau der sowjetischen Flotte und das Streben nach nuklearer Parität mit den Vereinigten Staaten. Die Afrikapolitik liegt in der Logik dieses Rollenverständnisses der UdSSR. Sie erscheint auch besonders sinnvoll in einem Augenblick, wo die UdSSR ihren Einfluss im Nahen Osten und in Südasien schwinden sieht.

Die strategische Bedeutung Afrikas ist an sich nicht erst-rangig, aber sie hat sich deutlich vergrössert, seit der Suezkanal

nicht mehr der einzige Transportweg für das Erdöl nach dem Westen ist. Die Häfen und die Stützpunkte am Horn von Afrika haben die Bedeutung, die ihnen von jeher zukam, behalten und sogar erhöht. Aber Afrika ist in den Augen der Sowjetunion vor allem eine Rohstoffquelle für den Westen. Durch ihren Einfluss auf die afrikanischen Angelegenheiten, übt die Sowjetunion indirekt einen Druck auf den Westen aus, der ihr in anderen Bereichen von Nutzen sein kann. Die gleiche Wirkung erzielt sie durch die Stärkung der Gruppe der progressistischen Regimes im Rahmen der OAU, welche in vielen Punkten eine antiwestliche Politik verfolgen und vor der Unterstützung subversiver Bewegungen in ihrer Nachbarschaft nicht zurückschrecken.

Die Aktionsmöglichkeiten der UdSSR sind beschränkt. Sie verfügt nicht über die Mittel einer Entwicklungspolitik grossen Massstabs - in der Tat hat sie dafür optiert, diese nicht zu haben. Ihre kulturelle Ausstrahlung ist schwach, auch wenn ihre Regierungsmassnahmen (Verstaatlichung der Wirtschaft, strenge Ueberwachung der Bevölkerung, forcierte Industrialisierung) auf gewisse Diktatoren eine unwiderlegbare Anziehungskraft ausüben (allgemein besteht jedoch grösseres Interesse für das chinesische Modell). Die UdSSR konzentriert sich daher auf militärische Unterstützung der Befreiungsbewegungen und gewisser Regierungen. Das Neue an der seit Angola verfolgten Politik ist der direkte Einsatz von Streitkräften aus dem "sozialistischen Lager", die durch einen eindrucksvollen logistischen Apparat unterstützt, und auf spektakuläre Art und Weise in Aktion gesetzt werden.

Wenn die Koordination der militärischen Kräfte zu mehreren schlagenden Erfolgen geführt hat und das Gesamtziel eines verstärkten Einflusses in Afrika erreicht wurde, vermittelt das "follow-up" oft einen verschwommenen und unzusammenhängenden Eindruck. Offensichtlich zweifelt man im Kreml noch an der Solidität der Bindungen zwischen der sowjetischen Macht und den jungen "volksdemokratischen" Republiken Afrikas. Die Durchführung des Hilfsvertrages

mit Moçambique hinterlässt den Eindruck einer gewissen Perplexität Moskaus, und die Machthaber in Moçambique haben aus ihrer Enttäuschung kein Hehl gemacht. Diese hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass sie heute gegenüber den weissen Regimes eine gemässigtere Haltung einnehmen. In Angola ist es im vergangenen Jahr anlässlich des Staatsstreiches von Nito Alves zu Unstimmigkeiten mit den Kubanern gekommen. Schliesslich hat man den Eindruck, dass die sowjetische Haltung gegenüber einer Intervention in Erythräa von derjenigen Kubas ziemlich verschieden ist.

Die gleiche Unsicherheit kommt auch in der Politik Moskaus gegenüber dem südlichen Afrika zum Ausdruck. Offenbar haben dort westliche Initiativen die Sowjetunion öfters überrascht. Hier wie im Nahen Osten leidet Moskau unter dem Nachteil, nicht mit beiden Seiten Beziehungen zu haben.

Die sowjetische Politik hat die amerikanische Regierung in grosse Verlegenheit gebracht. Sie lässt sich nicht in das Schema von Verhaltensregeln zwischen Supermächten einspannen, deren Architekt Henry Kissinger gewesen war. Sie steht im Widerspruch zumindest zum Geist der Entspannungspolitik. Sie hat die USA mehrmals vor Optionen gestellt, welche durch die Erfahrungen von Vietnam sehr schwierig geworden sind. Bis heute hat sie zwar den amerikanischen Interessen keine nennenswerten Schäden beigelegt. Andererseits zwingt sie die USA, zwischen Stellvertreterkriegen und einer Politik der Enthaltensamkeit zu wählen, welche die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements im südlichen Afrika schmälert und das Kräftegleichgewicht in ganz Afrika verschiebt. Anzeichen dieser Verschiebung sind vor kurzem im Tschad sichtbar geworden, wo der mit Moskau verbündete Oberst Kadhafi die Rebellen des FROLINAT massiv unterstützt.

Nicht weniger heikel ist die Lage für Frankreich, welches Gefahr läuft, zu den Verpflichtungen stehen zu müssen, die sich aus seinen Hilfsverträgen in mehreren seiner Ex-Kolonien ergeben; sowie

- 30 -

für Grossbritannien, dessen Rolle in Rhodesien letzten Endes zu einem militärischen Engagement führen könnte, von dem man im Augenblick in London nichts wissen möchte.

Präsident Carter hat, die Linie seines Vorgängers Ford übernehmend, eine sehr gemässigte Haltung gezeigt. Dadurch hat er eine Reihe von afrikanischen Staaten enttäuscht, für welche die Anwendung der amerikanischen Macht in jedem Konflikt, in welchem die andere Supermacht engagiert ist, als eine Art Naturgesetz gilt. Aber auch er vermittelt nicht den Eindruck, über eine Philosophie der Definition von dem, was man in Anlehnung an Europa als eine Art von "afrikanischem Völkerrecht" bezeichnen könnte, zu verfügen. Man muss jedoch von der Idee ausgehen, dass der Versuch der Durchsetzung eines solchen Rechtes eine Beteiligung der Sowjetunion nach sich ziehen würde. Wie es Kissinger darlegte, bevor er es in der Praxis zeigte, ist es notwendig, aufsteigende Kräfte in ein System zu integrieren, wo deren Energien unter Kontrolle gehalten werden können. Lässt man sie ausserhalb dieses Systems, wächst ihr Zerstörungspotential nur an. Diese Integration setzt jedoch ein Minimum an Zusammenarbeit von Seiten der Sowjetunion voraus. Die gegenüber Somalien abgegebenen Garantien sind wie ein erster Schritt in diese Richtung. Es ist zu hoffen, dass weitere folgen werden.

* * * * *

Beilage erwähnt

B e i l a g e
zum Tour d'Horizon vom 1. Mai 1978

Liste der Länder
in denen sich kubanische Militär- oder Zivilpersonen aufhalten

Angola:	23.000 bis 25.000 Kubaner, davon ungefähr 20.000 Militärpersonen
Aethiopien:	16.000 bis 17.000 Kubaner, davon ungefähr die Hälfte Militärpersonal
Benin:	10 bis 20 Offiziere
Kapverden:	10 bis 15 Personen (ärztliches Personal)
Kongo:	300 Personen (technisches Militär- personal) und 100 bis 150 Zivilpers.
Aequatorial-Guinea:	300 bis 400 Personen, davon die Hälfte Militärpersonal
Guinea:	300 bis 500 Personen
Guinea-Bissau:	100 bis 200 Personen, davon 2/3 mili- tärliche Berater
Madagaskar:	Ungefähr 300 militärliche Berater
Mosambik:	600 bis 750 Personen, davon ungefähr 150 Zivilpersonen
Sao Tome - Principe:	Wahrscheinlich 75 bis 80 Personen (ärztliches Personal)
Sierra Leone:	100 bis 125 militärliche Berater
Tansania:	300 bis 500 Personen, vornehmlich technisches Personal
Uganda:	Möglicherweise 25 Militärpersonen